

mittleren Industrie wundern uns insofern nicht. Aber gegen diese Einsichten sperren sich unsere Freunde im Westen und sehen immer noch nur die vollen Schaufenster, nicht die leeren Verkaufsräume, also nur die kreditierten Fertigwaren, nicht die gedrosselte Eigenproduktion. Und während uns tatsächlich für eine derartige Blindheit das Verständnis schwindet, schwindet drüben das Verständnis für unsere Wirklichkeit.

Diese Feststellungen sind in tatsächlicher und — ich muß schon sagen — ethischer Hinsicht tief bedauerlich. Es erscheint mir verwerflich, wenn die westdeutsche Presse und Öffentlichkeit unsere ganzheitliche Haushaltsgestaltung, also die gesamtwirtschaftliche Aufgabenstellung unseres Haushaltsplanes dahin auslegt, wir wollten — aufrüsten. Dabei sind gerade wir es, die jeden Pfennig in den Einzelplänen unserer Ministerien genauestens verbucht und festgelegt haben. Was etwa im Einzelplan V des Ministeriums des Innern mit 825,8 Millionen DM an Ausgaben vorgesehen ist, umfaßt nun wirklich alles, was für die innere Verwaltung einschließlich der gesamten Polizei und Feuerwehr ausgeworfen wird.

Woher sollten wir denn noch irgendwelche zusätzlichen Ausgaben für die angeblichen Kanonen und Tanks nehmen, nachdem wir buchstäblich die letzten Ecken unseres Haushalts ausgekehrt und damit die erwähnten 13,5 Milliarden errechnet haben, die als Gesamteinnahmen vorgesehen sind? Ich wäre als der Verantwortliche für das Finanzwesen ja recht froh, wenn mir die Herren Schriftgelehrten der „Neuen Zeitung“ und des „Telegraf“ aufzeigen könnten, wo ich eine Einnahmequelle übersehen habe. Ich würde nämlich dann neben einer Erhöhung der schmalen Renten unserer Altpensionäre recht gern auch der Volkspolizei etwas mehr Mittel zur Verfügung stellen.

(Sehr richtig!)

Ich würde die Polizei besser ausstatten, so wie es zur Erfüllung ihrer schweren Aufgaben wünschenswert wäre. Ich kann es nicht, meine Damen und Herren. Ich muß unsere Kameraden von der Polizei bitten, durch persönlichen Einsatz das wettzumachen, was ihnen an technischen Bedingungen fehlt. Ich werde aber helfend eingreifen, wo es mir möglich ist, obwohl die Überwindung des jetzigen Mangelzustandes den Hintermännern der vielfach schwer bewaffneten Banden wenig angenehm sein wird, nämlich jener Banden, die, durch Sabotage, Sprengstoffattentate, Brandstiftungen und vor allem durch organisierte Buntmetalldiebstähle unseren Aufbau aus eigener Kraft empfindlich zu treffen versuchen.

Gerade aber wegen jener grundfalschen Auffassung des Westens möchte ich nicht versäumen, hier auf diesen Mangel hinzuweisen und unserer Volkspolizei sowie ihrer Leitung besonders herzlich für ihre aufopfernde Arbeit zu danken.

(Beifall)

Im Zusammenhang (hiermit muß ich auch noch ein anderes Problem erwähnen, dessen Lösung von uns allen besonders begrüßt wird, das uns allen sehr am Herzen liegt. Ich meine die Schulgeld- und Lernmittelfreiheit. Sie kennen die Vorschriften des Artikels 39 unserer Verfassung, und Sie haben gestern das große Gesetz über die Förderung der Jugend angenommen, das unter anderem große Summen für Schulbauten, Stipendien usw. vorsieht. Die volle Schulgeld- und Lernmittelfreiheit an den Pflichtschulen werden wir aber erst verwirklichen, sobald unsere Wirtschaft, wie vorgesehen, den Friedensstand erreicht hat.

Meine Damen und Herren! Vom Haushaltsstandpunkt aus beschäftigt uns in unserem Verhältnis zu Westdeutschland selbstverständlich besonders stark die Relation Westmark—Ostmark. Jeder Westberliner

Geschäftsmann wird Ihnen sagen, wie sehr er unter dem ungesunden Kurs der Westmark leidet, die ihm den Absatz in die Republik unmöglich macht. Es ist hier nicht der Ort, die Motive zu untersuchen, die zur Aufrechterhaltung dieses Kurses geführt haben. Soweit das Angebot an Importwaren dabei eine Rolle spielt, ist der Kurs geradezu ein Wertmesser für die Unausgeglichenheit der westdeutschen Zahlungsbilanz. Der Kurs beruht auf Kredit, damit ist den Einsichtigen alles gesagt. Der Wert unserer Mark der Deutschen Notenbank beruht gerade auf der Ausgeglichenheit unseres Haushalts. Und hier gilt das gleiche, was ich Ihnen vorhin über den Steuerplan sagte: wären unser Haushalt und damit unsere Mark nur auf Phantasiestimmen gegründet, so wäre in der Tat eine Kritik angebracht. Ja, wir wollen ruhig zugeben, daß der Plan für 1949 ein wagemutiger Anfang war, den wir in aller Offenheit und unter Mitwirkung aller Kreise unternehmen haben. Aber dieser Schritt hat sich bewährt. Was wir jetzt unserer Währung als Grundlage geben, ist das Ergebnis der wirklichen Ist-Zahlen von 1949 und der genauesten Berechnung für die Steigerung der Produktion. Sie werden ja in nächster Zeit noch genaue Berichte über die Einzelergebnisse der Planung von 1949 erhalten. Im großen liegen diese Ergebnisse bereits vor und bilden die Grundlage zur Erweiterung unseres wirtschaftlichen Volumens und damit zur weiteren Stärkung unserer Währung. Wer Einsicht hat, mit welcher rigorosen Strenge die Deutsche Notenbank — selbstverständlich mit Recht — über diese Grundlage unserer Währung wacht, und wer weiter die enge Zusammenarbeit kennt, die zwischen Notenbank und Finanzministerium besteht, der weiß, daß die Stabilität unserer deutschen Mark in festen Händen ist. Der Bargeldumlauf ist, wie der Notenbankausweis zeigt, bei zunehmender Produktion stabil.

Meine Damen und Herren! Ich habe vor dem Haushaltsausschuß einen sehr ins einzelne gehenden Bericht darüber gegeben, wie sich unsere Zusammenarbeit mit der Sowjetischen Kontrollkommission auf dem Gebiete der Finanzen darstellt. Ich möchte mich hier nicht wiederholen. Nur so viel sei gesagt: Die Selbständigkeit unseres Haushalts, also unsere Finanzhoheit nach außen — von derjenigen nach innen sprach ich anläßlich des Finanzausgleichs —, wurde von der Sowjetischen Kontrollkommission durch zahlreiche handgreifliche Beweise anerkannt. Ich erinnere nur an den einen Fall der Überweisung von 73 Millionen DM aus Einnahmen der Intourist- und Gastronom-Läden, von der Sie wahrscheinlich in der Presse gelesen haben. Bei meinem letzten Besuch in Karlshorst am vergangenen Sonnabend wurde nun eine Frage entschieden, die völkerrechtlich durchaus als offenstehend angesehen werden muß: Sollen Rohstoffe, die die sowjetischen Aktiengesellschaften von der Sowjetunion einführen, um sie später als Fertigwaren wieder auszuführen, die also gar nicht in unser Volksvermögen eingehen, mit einem Zoll belegt werden? Sind somit die Sowjet-AGs wirtschaftsrechtlich exterritorial? Da wir ein besetztes Land sind, ist diese Frage vom Standpunkt des internationalen Rechtes sehr schwer zu beantworten. Ich erörterte sie mit dem Leiter der sowjetischen Finanzverwaltung, und er erklärte mir kategorisch: „Die Sowjetischen Aktiengesellschaften sind zollrechtlich selbstverständlich genau so zu behandeln wie die deutschen volkseigenen Betriebe.“ Ich glaube, es genügt, Ihnen dieses kleine Beispiel sowjetischer Gesinnung zu geben, um Ihnen zu zeigen, mit welcher unbeirrbar Folgerichtigkeit das Stalin-Telegramm aufgefaßt und durchgeführt wird. Daß aus dem Verhältnis Sieger und Besiegter ein Verhältnis wirklicher deutsch-sowjetischer Freundschaft geworden ist, findet in den finanziellen Beziehungen beider Länder wohl seinen deutlichsten Ausdruck.